

MIGRATION:

BEDROHUNG UNSERER KULTUR UND GESELLSCHAFT

Menschen verlassen ihre Heimat, weil sie ihre Sicherheit durch Kampfhandlungen und totalitäre Strukturen bedroht sehen oder wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit entkommen wollen. Sie wählen dabei ihr Zielland nicht nach geografischer oder ethnisch-kultureller Nähe aus, sondern werden von großzügigen Sozialleistungen und einer vermeintlichen „Willkommenskultur“ mit gesicherter Bleibeperspektive „angezogen“. Das einzigartige Sozialleistungsniveau, eine fehlende Grenzsicherung und die Merkel'sche „Einladung“ führen schließlich dazu, dass die meisten Asylsuchenden entgegen der europäischen Gesetzgebung illegal nach Deutschland einreisen.

Rechtsbrüche und Politikversagen ermöglichen millionenfache illegale Migration nach Deutschland

In Deutschland gilt ein Sammelsurium aus internationalen, europäischen und nationalen Rechtsvorschriften, die es Asylbewerbern und ihren staatlich unterstützten Hilfsorganisationen leicht macht, trotz regelmäßig illegaler Einwanderung schnell ein vorläufiges Bleiberecht zu erlangen. Nach einer Ablehnung des Asylantrags öffnet sich schließlich eine breite Palette von Ansprüchen des „Asylbewerberrechts“. „Ist ein Nicht-EU-Ausländer erst einmal in deutsches Hoheitsgebiet eingereist, stehen ihm Rechte zu, die zum Teil hohe Hürden gegen Ausweisung und Abschiebung darstellen – unabhängig davon, ob die Person sich als schutzberechtigt erweist oder nicht. Hinzu kommen gravierende praktische Hindernisse, die sich einer Abschiebung in den Weg stellen.“ (H.-J. Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts in seinem Buch DIE WARNUNG)

„Integrationsbemühungen“ sind für einige Bevölkerungsgruppen in Deutschland gescheitert

Migranten kommen aus Kulturkreisen, deren Distanz zur deutschen Kultur unterschiedlich ausgeprägt ist. In den Jahren des Wirtschaftswunders holte Deutschland 2,6 Millionen „Gastarbeiter“, vornehmlich aus Italien und der Türkei, mit der Absicht ins Land, dass sie nach Ablauf ihrer Zeitverträge nach Hause zurückkehrten. Während die Italiener sich schnell an die Lebensgewohnheiten im Gastland anpassten, entwickeln sich die durch Familien-Nachzug und hohe Geburtenraten inzwischen auf mehr als 3 Millionen Menschen gewachsene türkische Bevölkerungsgruppe zu einem Staat im Staate. Durch eine Renaissance der Religiosität mit der zunehmenden Unterdrückung der Frauen, einer eigenen Gerichtsbarkeit, wachsender Abhängigkeit von Sozialleistungen, höherer Kriminalität und schlechterer Schulleistungen kann - von wenigen Ausnahmen abgesehen - von Integration in die deutsche Gesellschaft auch nach Jahrzehnten nicht die Rede sein. Überwiegend positive Integrationserfahrungen lieferten dagegen die Einwanderer aus Süd- und Osteuropa, Vietnam und der UdSSR.

Die im Jahre 2015 begonnene Welle illegaler Migration aus dem islamischen Nahen und Mittleren Osten lässt nach den Erfahrungen mit der türkischstämmigen Bevölkerung fast unlösbare Integrationsprobleme erwarten, die sich schon heute in extremen Raten an Gewaltkriminalität zeigen. Da die rechtlich gebotene Abschiebung von der deutschen Regierung nicht durchgesetzt wird, entsteht hier ein Konfliktpotential, das mit der bisherigen Integrationspolitik nicht beherrschbar sein wird.

Der politisierte Islam gefährdet die Integration in die deutsche Gesellschaft

Auch wenn die Diskussion über die Islamisierung von Parallelgesellschaften in den Medien unterdrückt wird, lassen sich die Auswirkungen in den migrantisch geprägten Stadtvierteln in Deutschland täglich beobachten. Die Gefahr, die von einer weiteren Politisierung des Islam (unter anderem auf Kosten der Mädchen- und Frauenrechte) ausgeht, wird vom deutschen Mainstream totgeschwiegen. Man will nicht sehen, dass der Islam mit seiner Einteilung der Menschen in Ungläubige und Gläubige einen religiös verbrämten Herrschaftsanspruch erhebt und unsere säkulare, aufgeklärte Gesellschaft verachtet.

Terrorgefahr durch islamische Terroristen und Gefährder

Die Anzahl der Islam-Terroristen in Deutschland hat nach Schätzungen von Sicherheitsexperten längst fünfstelligen Dimensionen angenommen. Es folgen unstrittige Fakten. Diese wurden dem Autor (Stefan Schubert) nach Anfrage von der Pressestelle des Generalbundesanwaltes in Karlsruhe mitgeteilt:

- 2015 wurden 108 Terrorverfahren mit islamistischem Bezug eröffnet.
- 2016 hat sich die Zahl mit 201 islamistischen Terrorverfahren fast verdoppelt.
- 2017 schlägt sich die Flüchtlingswelle mit 1052 Terrorverfahren in der Statistik nieder.
- 2018 wurden 884 islamistische Terrorverfahren dokumentiert.
- 2019 kamen weitere 400 islamistische Terrorverfahren hinzu.
- 2020 sind 381 weitere islamistische Terrorverfahren eingeleitet worden.

Die Gesamtsumme der islamistischen Terrorverfahren durch den GBA summiert sich seit 2015 somit auf 3026 Terrorfälle.

Wie hoch die Dunkelziffer in diesem epochalen Migrationsstrom insgesamt ist, bleibt jedoch bisher unbekannt. Aufschlussreiche Begründungen für fehlende Transparenz hierzu unter folgendem Link: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/259/1925939.pdf>

Aktuelle Einschätzung aus dem Bundesinnenministerium:

»Die Bedrohungslage für Deutschland ist unverändert auf einem hohen Niveau. Deutschland steht weiterhin im unmittelbaren Zielspektrum von internationalen terroristischen Organisationen. Mit einer anhaltend hohen Gefahr jihadistisch motivierter Gewalttaten ist auch im Jahr 2021 zu rechnen.«

Die illegale Masseneinwanderung überfordert unsere Sozialsysteme

Während qualifizierte Einwanderung zur Steigerung der Wirtschaftsleistung beiträgt, verursacht die derzeitige illegale Migration enorme Kosten, die den wirtschaftlichen Beitrag noch Jahrzehnte weit übersteigen werden.

Seit der Grenzöffnung 2015 sind ca. 2,5 Millionen Personen eingereist.

Das Bundesfinanzministerium weist für 2017 „asylbedingte Leistungen des Bundes“ von 21,3 Milliarden Euro aus. Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen rechnet damit,

dass ein Flüchtling den Staat in seiner Lebenszeit per Saldo 450.000 Euro kostet. Durch die Zuwanderung von Asylbewerbern habe sich die Nachhaltigkeitslücke der deutschen Staatsfinanzen um fast 900 Milliarden Euro erhöht.

Konsequente Abschiebung könnte die Integrationslast vermindern

Wegen des von unserer Regierung zugelassenen Missbrauchs des Asylrechts und zahlreicher „humanitärer“ Abschiebehindernisse dürfen ca.95 % der erfolglosen Asylbewerber trotzdem bei uns bleiben.

Würde es gelingen, diese Hunderttausende von Ausreisepflichtigen und Gefährdern tatsächlich in ihre Heimatländer zurückzubringen, wären wir von einem Großteil der problematischsten Integrationsfälle entlastet.

Da eine Rückführung oft an der mangelnden Bereitschaft der Herkunftsländer scheitert, müsste Deutschland dem unter Einsatz von finanziellem Hilfeentzug entgegenwirken.

Wie kann Masseneinwanderung künftig gestoppt werden?

Solange die EU nicht bereit und in der Lage ist, die Außengrenze undurchdringbar zu machen, muss Deutschland mit der stringenten Kontrolle seiner eigenen Grenzen die Einreise von Asylbewerbern verhindern. Alle, die auf dem Landweg eine deutsche Grenze erreichen, kommen aus einem sicheren Land und haben daher keinen Anspruch auf Einreise zur Prüfung eines Asylantrags. Jede dieser Einreisen ist illegal! Sind die Asylanten erst mal im Land, ist es wegen der vielfältigen Abschiebe- und Rückführungshindernis meistens zu spät.

Der Schlüssel zur Verhinderung unerwünschter Einwanderung liegt bei der deutschen Regierung. Sie muss nur zur Anwendung geltenden Rechts zurückkehren. Erst wenn es bei den jungen Männern in den arabischen und afrikanischen Herkunftsländern unmissverständlich klar ist, dass ein Erscheinen an der deutschen Grenze nicht mehr zum Bleiberecht führt, wird der Zustrom abebben.

April 2021, Team Konservatives NRW